

Glanzidee oder teure Last?

«**BAD BANK**» In der Schweiz übernimmt der Staat die faulen Papiere der UBS. Anderswo stösst die Idee auf Widerstand. Die «Bad Bank» entlastet, bringt aber neue Probleme.

NATALIE GRATWOHL

Sie weckt an den Aktienmärkten neue Hoffnungen, schürt aber gleichzeitig Ängste bei den Steuerzahlern. Die Schweiz hat ihre «Bad Bank» bereits, in den USA und in der Europäischen Union wird die Idee diskutiert. Doch allein in den Vereinigten Staaten könnte der staatliche Aufkauf der Problempapiere über 1 Billion Dollar kosten. Grossbritannien übernimmt nur die Garantie für die problembehafteten Wertschriften, und in Deutschland ist das Thema angesichts der erwarteten Belastung der Staatskasse bereits vom Tisch.

Aktionäre vor Steuerzahlern

Doch den Banken drohen noch massive Verluste (siehe Grafik). Schon in früheren regionalen Banken Krisen wurden schlechte Risiken ausgelagert, auch in der Schweiz (siehe unten). «Die «Bad Bank» ist eine sachgerechte Lösung», sagt Markus Neuhaus, CEO von PricewaterhouseCoopers Schweiz. Die «Bad Bank» hat den Vorteil, dass sich die Bankführung auf das gesunde Geschäft konzentrieren kann und nicht jedes Quartal den Wertberichtigungen auf problematischen Positionen ausgesetzt ist. Zudem kann mit der Auslagerung von «toxischen» Assets der Abwärtsspirale entgegengewirkt werden, die durch Notverkäufe in Gang gesetzt wird.

Doch leider würden derzeit

nur staatliche Auffangbecken in Frage kommen. «Besser wäre, wenn sich private Investoren beteiligen würden», so Neuhaus. Auch die UBS hatte dies zunächst im Sinn, bevor das staatliche Rettungspaket geschnürt wurde. «Private Investoren sind aber nur zu einem sehr tiefen Preis bereit, die Pa-

Die «Bad Bank»

bremst die

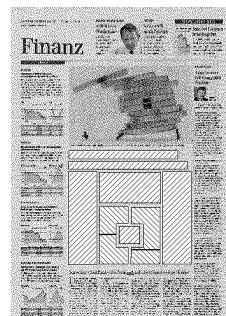
Abwärtsspirale.

Doch der Teufel

steckt im Detail.

papiere zu kaufen», sagt Manuel Ammann, Leiter des Instituts für Banken und Finanzen an der Universität St. Gallen. Überhaupt sei die Bewertungsfrage zentral. Wird der Preis zu tief angesetzt, verfehlt die «Bad Bank» ihre Wirkung. Mit einem zu hohen Preis wird der Steuerzahler übermässig belastet. «Zudem setzt man damit den Banken falsche Anreize, und

die Aktionäre werden auf Ko-



Argus Ref 34209753

sten der Steuerzahler vor Verlusten geschützt», so Ammann.

Eine staatliche «Bad Bank» braucht sehr viel Geld, um wirksam zu sein. Doch die staatlichen Mittel sind beschränkt. Am besten ist es deshalb, wenn der Staat die Banken direkt mit frischem Kapital unterstützt, allerdings verbunden mit einer klaren Restrukturierungsvorgabe und einer weitgehenden Verwässerung des Aktienkapitals.

Paul Romer, Professor an der Stanford University, zieht eine radikal andere Lösung vor. Die schlechten Risiken verbleiben bei der Bank, und die Guten werden in eine neue Gesellschaft ausgelagert, die von Aktionären und der Regierung mit frischem Kapital ausgestattet wird. Die Aktionäre der alten Bank verlieren dabei Geld, ähnlich wie bei einem Konkurs.

Interessante Alternativen

Martin Janssen, Professor für Finanzmarktökonomie an der Universität Zürich, macht ebenfalls einen Vorschlag, der schonender mit den Steuerzahlern umgeht: «Die Obligationäre sollten frühzeitig zu Aktionären gemacht werden, um gegebenenfalls die offensichtlich wertlos gewordenen Aktien zu ersetzen.»

Damit würden zuerst die Aktionäre und dann die Obligationäre zur Kasse gebeten und erst dann der Steuerzahler.

